

Gesundheitswirtschaft in der Corona-Pandemie: Perspektiven für die Zukunft

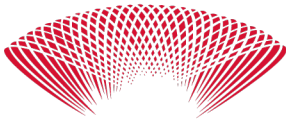
Die Corona-Pandemie, die die ganze Welt seit mehreren Monaten in Atem hält, stellt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar, die die Akteure der Gesundheitswirtschaft in besonderem Maße fordert. Es ist klar, dass sich diese Situation auf absehbare Zeit nicht ändern wird und mit einer schnellen Rückkehr in eine „Vor-Corona-Welt“ zu rechnen ist. Die für alle Menschen zugängliche medizinische Versorgung bei gleichzeitig hoher Qualität zeigt jedoch, dass sich die Struktur des deutschen Gesundheitswesens mit ihrer Vielfalt von staatlichen und privaten Leistungserbringern bewährt hat. In diesem Sinne betrachten es die Akteure der Gesundheitswirtschaft als ihren fortdauernden Auftrag, die Auswirkungen dieser Krise mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln möglichst gering zu halten. Dazu gehören das Wissen aus Forschung und Entwicklung, die große Kompetenz in der Krankenversorgung durch ambulante und stationäre Leistungserbringer, die Finanzierung durch gesetzliche und private Krankenversicherungen und natürlich auch die innovativen Produkte und Lösungen der pharmazeutischen, medizintechnischen und biotechnologischen Industrie.

Ausstieg aus dem Krisenmodus

Nachdem wir die erste Pandemie-Welle überstanden haben, eine Überlastung des deutschen Gesundheitssystems erfolgreich verhindern konnten und sich die Neuinfektionsrate auf dem Rückzug befindet, ist es an der Zeit, eine sachliche Debatte über eine verantwortungsvolle Wiederaufnahme des Alltags zu führen. Ein Zurückfahren des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens war notwendig, aber es kommt zu einem Preis. Deshalb ist der Beginn einer sukzessiven Rückkehr in die Normalität ausdrücklich zu begrüßen, damit die sich das noch nie dagewesene Ausmaß der Folgekosten nicht noch weiter verschärft. Das bedeutet auch, dass die wichtigen Krisenprogramme und -verordnungen zeitlich befristet sein sollten.

Wiederaufnahme medizinischer Regelversorgung

Ein wichtiger Aspekt ist hier das Wiederanlaufen der regulären medizinischen Versorgung: Im Sinne der individuellen Gesundheit und Lebensqualität braucht es

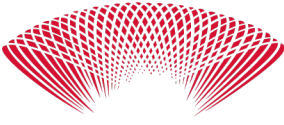


ein eindeutiges Signal aus der Politik an die Patienten, dass die Behandlung in medizinischen Einrichtungen sicher ist. Es muss verhindert werden, dass Patienten durch verpasste Vorsorgeuntersuchungen oder Impfungen, ausbleibende elektive Eingriffe oder unbehandelte Herzinfarkte leiden und im schlimmsten Fall dauerhafte Schäden davontragen. Auf Grund der insgesamt als sehr gut zu betrachtenden Versorgungsstrukturen ist das möglich, ohne die Versorgung von Corona-Patienten zu gefährden.

Gesundheitswirtschaft als Partner in der Pandemiebekämpfung

Diese gut ausgebauten Strukturen sind ein entscheidender Grund dafür, dass es nicht zu einer Überlastung der medizinischen Kapazitäten gekommen ist und die Krisenbekämpfung bisher erfolgreich verlaufen ist. Nun gilt es, den Fortbestand des Gesundheitssystems langfristig zu sichern und an den notwendigen Stellen Verbesserungen vorzunehmen. Dazu gehört u.a. die Unterstützung für freigehaltene „COVID-19-Betten“ und die Förderung des Ausbaus an Intensivkapazitäten, um für eine nicht ausgeschlossene Verschlimmerung des aktuellen Infektionsgeschehens und zukünftige Pandemien gerüstet zu sein. Die Herausforderungen bei der Versorgung mit Arzneimitteln, besonders für kritische intensivmedizinische Therapien, zeigen Handlungsbedarf auf. Ein möglicher Ansatz könnten Maßnahmen zum Aufbau größerer Reserven durch die Krankenhäuser und ihre Apotheken sein. Dabei ist es von besonderer Bedeutung, dass die Vorgaben an Krankenhaus-Apotheken durch klar definierte Mengen und Zeiträume, in denen kontinuierlich Bestand aufgebaut werden soll, möglichst konkret sind. Ein Zeitraum von 12 Monaten wäre ein guter Ansatzpunkt, um kurzfristige Ad-hoc-Bestellungen und dadurch entstehende Schief lagen zu vermeiden. Die zahlreichen Bemühungen im Bereich der Forschung mit Blick auf eine Therapie von bzw. Impfung gegen COVID-19 verdienen ebenfalls Beachtung. Die bereits erfolgte Unterstützung des Engagements verschiedener Unternehmen, zum Beispiel durch die von der EU-Kommission initiierte Geberkonferenz, ist ein positives Signal. Klar ist aber auch, dass bei der Entwicklung, Herstellung und Verteilung eines Impfstoffes noch große Hürden zu nehmen sind, die die Wirtschaft nicht alleine schultern können.

Mit diesen Maßnahmen und einer Rückkehr in den medizinischen Behandlungsalltag ist der industriellen Gesundheitswirtschaft geholfen, die in Teilbereichen starke Einbußen hinnehmen musste. Dabei leistet die überwiegend mittelständisch geprägte Branche mit innovativen Produkten von höchster Qualität einen großen Beitrag für die medizinische Versorgungssicherheit. Diesen Vorteil gilt es zu erhalten und wo nötig wiederherzustellen: Im Bereich der



pharmazeutischen Rohstoffversorgung und bei Artikeln zur persönlichen Schutzausrüstung (PSA) sind Deutschland und Europa in eine externe Abhängigkeit geraten, die die Versorgungssicherheit gefährdet. Hier sollte die Politik auch über die Pandemie hinaus in Partnerschaft mit der industriellen Gesundheitswirtschaft nach Lösungen suchen, um eine Ansiedlung entsprechender Produktionskapazitäten zu realisieren.

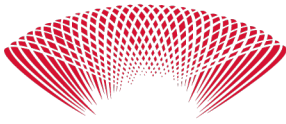
Soziale Sicherung und volkswirtschaftliche Bedeutung

Im Sinne der Pandemie-Eindämmung wird aktuell unter anderem über die Durchführung von Corona-Massentests diskutiert. Hierbei handelt es sich um eine gesundheitspolitische Maßnahme mit gesamtgesellschaftlicher Tragweite, an der neben Beitragszahlern auch Privat- und Nichtversicherte entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit beteiligt werden sollten. Eine Finanzierung über Steuermittel stellt daher eine gerechte Alternative dar. Die Sozialversicherungssysteme dürfen in und nach der Krise nicht durch versicherungsfremde Leistungen derart in Anspruch genommen werden, dass sich die Arbeitskosten (SV-Beiträge) zu stark erhöhen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln in Deutschland verschlechtern. Nicht zuletzt ist die Gesundheitswirtschaft ein Stabilitätsanker für die volkswirtschaftliche Entwicklung, besonders in Krisenzeiten. Sie ist ein Beschäftigungsmotor und ihre Lösungen und Produkte erlauben allen Menschen eine Teilnahme am wirtschaftlichen Leben. Damit leistet die Branche einen wesentlichen Beitrag für das System der sozialen Sicherung in Deutschland. Mit Blick auf zu erwartenden finanziellen Folgen der Pandemie, die sich in Einnahmerückgang und Ausgabenzuwachs niederschlagen, lässt sich mit einer Förderung und Unterstützung in diesem Bereich eine vergleichsweise besonders große Wirkung erzielen.

Gegenseitige Unterstützung in Deutschland und Europa

Das SPD Wirtschaftsforum fordert daher eine bedarfsgerechte Finanzierung der coronabedingten Aufwendungen im Gesundheitswesen. Finanzielle Hilfen müssen dort eingesetzt werden, wo sie benötigt werden. Sie müssen zeitlich befristet sein und nach Abschluss aller Maßnahmen und überstandener Krise auch auf den Prüfstand gestellt werden. Gesamtgesellschaftliche Aufgaben bedürfen einer gesamtgesellschaftlichen Solidarität und dürfen nicht allein zu Lasten der Unternehmen und Versicherten gehen. Wo nötig, müssen steuerfinanzierte Rettungsschirme gespannt werden.

Überdies darf der Zusammenhalt nicht an der Staatsgrenze aufhören. Zu Beginn der Krise sorgten nationale Reflexe nicht nur für die richtige Einschränkung des



Reiseverkehrs, um die Infektionsausbreitung zu bremsen. Auch kam es zu zahlreichen Eingriffen in die Warenverkehrsfreiheit, mit denen Nachbarstaaten von der Versorgung mit wichtiger medizinischer Ausrüstung abgeschnitten wurden. Eine solche Entwicklung darf sich in der Zukunft nicht wiederholen. Vielmehr sollte sich Europa auf seine Stärken besinnen, etwa indem die Kapazitäten zur grenzübergreifenden Gesundheitssicherheit erhöht, die Impfstoffforschung koordiniert und externe Abhängigkeiten verringert werden. Ein einzelnes Land kann den enormen Herausforderungen bei der Pandemiebekämpfung und der Bewältigung von deren Folgen auf Grund der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interdependenzen nicht alleine begegnen: Je stärker die europäischen Mitgliedsstaaten zusammenarbeiten, desto stärker wird die EU als Ganzes aus der Krise hervorgehen.